

Niederschrift, ö

Gremium	Sozial- und Gesundheitsausschuss
Nummer	SozGA/002/2017
Datum	Montag, 22.05.2017
Ort	Casino - Bezirk Oberbayern
Beginn	14:00 Uhr
Ende	15:55 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Ausschussmitglieder

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von
Becher, Johannes
Broschei, Hiltrud
Eichiner, Reinhard
Hausberger, Claudia
Heigl, Marianne
Hügenell, Helga
Klein, Patricia
Loy, Josef
Meyer, Beate
Schindlmayr, Simon
Tuttas, Petra
Weber, Florian
Wenta, Martina

Sachverständige

Bauer, Günther Dr.
Berger, Heinrich Dr.
Beyrle, Hans Dr.
Fuhlbrügge, Sibylle
Fürst, Erika
Karau, Andreas
Majewski, Karin
Mauerer-Molléus, Michael
Pape, Thomas
Starzengruber, Rudolf
Stein, Petra
Wettengl, Johanna

Verwaltung

Becker, Stefan
Bertenbreiter, Benedikt
Brehorst, Gernot
Brinckmann, Ernst

Britze, Betina
Bruckmann, Wolfgang Dr.
Eberhardt, Gabriele
Fischer, Christoph
Getzlaff, Stefan
Gotz, Angelika
Hange, Ulrich Dr.
Heller, Alyssa
Hödl, Gerold
Huber, Klaus
Kohl, Markus
Lange, Bettina
Lengmüller, Regina
Mauermayer, Constanze
Neudorfer, Timo
Nickut, Winfried
Reil, Josef
Steinwand, Ralf
Wolpert, Melanie
Zieglmaier, Margarete

Weitere Anwesende

Schmitt-Schäfer, Thomas

Protokollführerin

Maja, Renate

Entschuldigt

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Information und Diskussion zum Projekt GSV 14 „Steuerungsmechanismen zur Weiterentwicklung der Versorgung von Menschen mit Behinderung“
TOP 3	Fallmanagement: Vorberatung der Entscheidung
TOP 4	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 14:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 15 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Information und Diskussion zum Projekt GSV 14 „Steuerungsmechanismen zur Weiterentwicklung der Versorgung von Menschen mit Behinderung“

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des GSV 14 Projektes „Steuerungsmechanismen zur Weiterentwicklung der Versorgung von Menschen mit Behinderung“ werden dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vorgestellt.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zu den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung zur Kenntnis. Die Bezirksverwaltung wird beauftragt für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 28.06.2017 Empfehlungen zum weiteren Vorgehen zu erarbeiten. Insbesondere sind Vorschläge zur Fortführung, Veränderung und/oder Beendigung der bisherigen Modellprojekte vorzulegen. Für die Erstellung einer Aussage zur Wechselwirkung der Erkenntnisse aus dem GSV Projekt im Bezug auf das BTHG ist eine Zeitplanung auszuarbeiten. Die möglichen künftigen finanziellen Auswirkungen sind dabei so weit als möglich zu benennen.	
	angenommen	Ja 15 Nein 0

TOP 3 Fallmanagement: Vorberatung der Entscheidung

In seiner Sitzung am 08.11.2016 beschloss der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

„Die Sozialverwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung von Betroffenenvertretern und den Leistungserbringerverbänden ein Konzept Fallmanagement für eine Anschlussphase zu erarbeiten. Zu berücksichtigen sind hierbei die Projektergebnisse, die Rückmeldungen und die offenen Untersuchungsaspekte (Wirkung eines Fallmanagements für die leistungsberechtigte Person, finanzielle Reflexe). Im Konzept sind je Personenkreis modulhaft verschiedene Fallauswahlkriterien (Screening) für eine oberbayernweite Anwendung darzustellen. Die Module beinhalten die zu erwartenden Fallzahlen, den Personalbedarf und die Personalkosten. ...

Die Entscheidung über die Umsetzung des Konzepts wird im zweiten Quartal 2017 getroffen.“ Weiterhin geht aus der Niederschrift zu der oben genannten Sitzung hervor, dass die Zielgruppe Kinder, Jugendliche und junge Volljährige priorisiert wird.

Auf dieser Grundlage wurde die Sozialverwaltung tätig. Als Ergebnis dieser Arbeitsphase wird nunmehr das Konzept für eine oberbayernweite Umsetzung des Fallmanagements in der Eingliederungshilfe für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige präsentiert und zur Beratung vorgelegt. Weiterhin erfolgte die Vorstellung zum weiteren Vorgehen für erwachsene Menschen mit Behinderung / in sozialen Schwierigkeiten.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt das Konzept Fallmanagement in der Eingliederungshilfe für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige sowie die weitere Planung für die Zielgruppe Erwachsene zur Kenntnis. Die Sozialverwaltung wird beauftragt, für den Sozial- und Gesundheitsausschuss am 28.06.2017 eine Beschlussvorlage mit der Zielrichtung vorzulegen, den Bereich Kinder, Jugendliche und junge Volljährige stufenweise zu implementieren. Vor Aktivierung der Stufe 2 ist ein Zwischenbericht über die Erfahrungen während der Stufe 1 zu erstellen und dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vorzustellen. Über die Aktivierung der Stufe 2 entscheidet der Sozial- und Gesundheitsausschuss. Für den Personenkreis Erwachsene ist die Planung der Konzeptarbeit auszuführen. Über die Einführung des Fallmanagements im Personenkreis Erwachsene entscheidet der Sozial- und Gesundheitsausschuss. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Einführung des Fallmanagements durch eine Evaluation begleitet werden kann. angenommen
	Ja 15 Nein 0

TOP 4 Bekanntgaben und Sonstiges

Die Sozialverwaltung berichtet kurz zum Thema Zuständigkeitsänderung im Zuge der Diskussion um die Zuständigkeiten auf Landesebene für die Eingliederungshilfe und die ambulante Hilfe zur Pflege. Nach dem derzeitigen Stand der Diskussion wird von allen kommunalen Spitzenverbänden die Zuständigkeit für die ambulante Hilfe zur Pflege bei den Bezirken gesehen. Argumentiert wird hier mit dem Gesamtfallgrundsatz, wonach Hilfe aus einer Hand zu leisten ist. Im Gegenzug wird die Auffassung vertreten, dass bei Verschiebung dieser Zuständigkeit eine gesetzliche Verankerung der gemeinsamen sozialraumorientierten Sozial- und Altenhilfeplanung zu erfolgen habe. Die Änderungen in der Zuständigkeit könnten durch das AGSG schon zum 01.01.2018 kommen, wobei hier ein einjährige Delegationsmöglichkeit in Erwägung gezogen wird, um einen reibungslosen Übergang gewährleisten zu können. Die Bezirke sind bereit und daran interessiert, diese Aufgabe zu übernehmen.

Beschluss:	Es wurde kein Beschluss gefasst.
-------------------	---

Um 15:55 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Renate Maja
Protokollführung